

KOLUMBIEN

„Leben wie die Toten“

Lorenzo Delloye-Betancourt, 19, über die Hoffnungen auf Freilassung seiner Mutter Ingrid Betancourt, 45, die seit 2002 von kolumbianischen Rebellen in Geiselhaft gehalten wird

SPIEGEL: Erst erscheinen aktuelle Bilder Ihrer Mutter aus deren Dschungelgefängnis, dann folgen der Appell und das Vermittlungsangebot der französischen Regierung an die Geiselnnehmer von der marxistischen Guerilla Farc. Gibt es endlich eine Chance auf Freilassung?

Delloye-Betancourt: Zumindest besteht erstmals eine echte Hoffnung. Die Videobotschaft und der an uns übermittelte Brief signalisieren, dass die Farc offenbar bereit ist, sich auf ein Abkommen einzulassen. Jetzt liegt es an Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe, durch Verhandlungen die Befreiung jener rund 3000 Geiseln durchzusetzen, die von den Rebellen seit Jahren festgehalten werden. Wer die Bilder meiner Mutter gesehen hat, weiß, wie sehr die Gefangenen leiden.

SPIEGEL: Wie ist nach Jahren des Stillstands plötzlich Bewegung in die verfahrenene Situation gekommen?

Delloye-Betancourt: Dank Frankreichs vorbildlicher Rolle als Mittler hat sich die kolumbianische Farc überraschenderweise darauf eingelassen, Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez als Unterhändler zu akzeptieren. Und der hat sie dazu gebracht, ein Lebenszeichen der Geiseln zu übermitteln. Kolumbiens Präsident Uribe, der sich wegen dieser Initiative mit seinem Amtskollegen Chávez überworfen hat, sollte dessen Hilfsangebot annehmen. Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft Druck auf den kolumbianischen Präsidenten ausübt, sich für eine gewaltfreie Lösung einzusetzen.



Delloye-Betancourt (vor Foto seiner Mutter)

SPIEGEL: Sie fürchten einen Angriff auf die Dschungelverstecke?

Delloye-Betancourt: Derzeit würde Uribe damit eine außenpolitische Krise heraufbeschwören, denn jede Offensive käme dem Tod der Geiseln gleich – einen Militärhubschrauber hört man in den Bergen kilometerweit. Aber Uribe ist ein Präsident der harten Hand, er spielt ein doppeltes Spiel. Seit mehr als fünf Jahren spricht er immer mal wieder von der Möglichkeit eines Friedensabkommens mit der Farc. Genau das könnte helfen.

SPIEGEL: Jetzt bietet Uribe den Rebellen direkte Gespräche an. Die fordern eine eigene sichere militärfreie Zone.

Delloye-Betancourt: Das war stets seine allerletzte Ausrede: In der Frage eines solchen Territoriums könne er nicht nachgeben. Wenn Uribe an der Befreiung der Geiseln läge, müsste er Zugeständnisse machen. Bisher aber gibt es dafür keine Anzeichen.

SPIEGEL: Wie steht es um die Gesundheit Ihrer Mutter?

Delloye-Betancourt: Sie ist am Ende ihrer Kräfte. Natürlich haben wir uns über das Video gefreut. Es zeigt immerhin, dass sie lebt. Andererseits empfinde ich große Traurigkeit. Sie wirkt auf den Bildern so verloren, so resigniert. Der Brief an uns macht das noch deutlicher – er ist ein einziger Hilferuf, ein Schrei der Verzweiflung. Wenn sie schreibt, „wir leben hier wie die Toten“, dann sagt sie mit diesen Zeilen, dass sie allmählich verlöscht. Die Zeit drängt, wir brauchen jede denkbare internationale Unterstützung: Diese Botschaft ist beinahe ein Testament.



ISRAEL

Reden mit dem Feind

Nach dem Friedensgipfel von Annapolis zeichnet sich in Jerusalem der Beginn einer neuen Realpolitik ab. Weil der offizielle palästinensische Verhandlungspartner, Autonomiepräsident Mahmud Abbas, lediglich das Westjordanland kontrolliert, fordern Militärs und Politiker nun Gespräche mit der im Gaza-Streifen herrschenden Hamas. Es sei ein Fehler gewesen, die Islamisten

nach ihrem Wahlsieg vor knapp zwei Jahren zu boykottieren, sagt der ehemalige Direktor des Nationalen Sicherheitsrats, Giora Eiland. Spätestens seit der gewaltsamen Machtübernahme der Hamas, so Eiland, „muss Israel anerkennen, dass es im Gaza-Streifen eine De-facto-Regierung gibt“. Mit ihr solle Premier Ehud Olmert über einen Waffenstillstand verhandeln. Sogar amtierende Minister widersprechen mittlerweile der offiziellen Regierungslinie, wonach Verhandlungen inakzeptabel seien. „Wenn ich einen Hamas-Mann

am Grenzübergang Erez zum Gaza-Streifen treffen könnte, würde ich das tun“, erklärt etwa Kabinettsmitglied Amir Perez. Hintergrund des Vorstoßes ist auch die Tatsache, dass der militärische Arm der Hamas weiterhin den israelischen Soldaten Gilad Schalit gefangen hält. Sogar in der rechtsnationalen Opposition stößt die Gesprächsbereitschaft von Regierungsmitgliedern auf ein positives Echo. Der bekannte Hamas-Gegner Jehuar Gal von der nationalreligiösen Partei Hatikva räumt offen ein: „Wir haben gar keine andere Wahl.“